



Deutsch-französischer Gipfel: Anstrengungen im Klimaschutz in der EU stärken

Nach Unterzeichnung des Aachener Vertrags im Januar dieses Jahres sind die Erwartungen an den deutsch-französischen Ministerrat am 16. Oktober – ein Tag vor dem Europäischen Rat (17./18. Oktober) – hoch. Als Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft in Frankreich und Deutschland fordern wir beide Regierungen auf, die Versprechen des Aachener Vertrags durch verlässliche Bekenntnisse und wirksame Maßnahmen für Klimaschutz zu erfüllen und zu konkretisieren.

Ehrgeiziges Entscheiden notwendig

Der deutsch-französische Ministerrat ist eine wichtige Chance für ambitionierte klimapolitische Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und insbesondere für die Europäische Union. Wir halten die folgenden Punkte für besonders wichtig und fordern beide Regierungen auf, diese beim deutsch-französischen Gipfel zu berücksichtigen.

Beide Regierungen sollten:

Ambition im Klimaschutz sicherstellen

- als einen ersten Schritt gemeinsam die **Anhebung des EU-Emissionsminderungsziels für 2030** auf mindestens 55 Prozent im 1. Halbjahr 2020 unterstützen, wie vom Europäischen Parlament gefordert und von der designierten Kommissionspräsidentin vorgeschlagen. Deutschland und Frankreich müssen bereit sein, ihren fairen Anteil der zusätzlichen Anstrengungen zu erfüllen. Beide Regierungen sollten zudem die **Machbarkeit prüfen**, das EU-Klimaziel auf **65 Prozent Emissionsminderung** anzuheben, um den gerechten Beitrag der EU zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze sicherzustellen.
- an den Bedingungen für eine EU-weite sozialgerechte Transformation arbeiten. Dies sollte durch die rasche Annahme der EU-Klimalangfriststrategie und das **Abzielen auf Klimaneutralität deutlich vor 2050** erreicht werden. Darüber hinaus sollten die Regierungen das Ziel **Klimaneutralität in der EU bis 2040** in den nächsten sechs Monaten auf **Machbarkeit** prüfen. Damit würde die Klimakrise mit dem Ziel, die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten, angegangen werden. Eine klimaneutrale Wirtschaft muss auf Suffizienz und Effizienz sowie erneuerbaren, nachhaltigen Energien basieren und umweltschädliche Technologien wie Atomkraft beenden.
- gemeinsam ein **EU-Klimagesetz** unterstützen, das die angehobenen Klimaziele für 2030 und 2050 verbindlich macht und auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse jährliche CO₂-Budgets für die EU setzt.

Geldfluss und Investitionen lenken

- die Zweckbestimmung von mindestens **40 Prozent des nächsten EU-Budgets für Klimaschutz** unterstützen sowie, dass die methodische Verbesserung zur Berechnung

dieses Anteils verbessert wird. Sie sollten gemeinsam für eine Reform des Europäischen Semesters eintreten, die sicherstellt, dass alle Mitgliedstaaten ihrer Verpflichtung nachkommen, direkte und indirekte Subventionen für fossile Energieträger abzubauen. Sie sollten außerdem daran arbeiten, die vorausschauende Transparenz für Klimarisiken zu verbessern, zum Beispiel durch geeignete Stresstests für Unternehmen und Investoren. Zudem sollten sie die Berichterstattung und Sorgfaltspflichten für Investoren und Unternehmen in Bezug auf Klimarelevanz ihrer Geschäftsmodelle stärken.

- gemeinsam daran arbeiten, dass das **Ambitionsniveau der Klimaverpflichtungen** steigt, die die Mitgliedstaaten in der neuen **Gemeinsamen Agrarpolitik** (GAP) vorlegen müssen, damit die Europäische Kommission ihre Nationalen Strategiepläne genehmigt. Die GAP hat einen Anteil von etwa 50 Prozent am klimaschutzbezogenen Budget. Direktzahlungen an Landwirtinnen und Landwirte sollten nicht als Klimaschutzmaßnahmen mitgezählt werden.
- den Vorschlag der **Europäischen Investitionsbank** begrüßen und diese unterstützen, ihre Vergabepolitik im Energiebereich zu überarbeiten, um die Energiewende zu beschleunigen und **die Finanzierung von fossilen Energieprojekten zu beenden**. Der Vorschlag muss bis Ende 2020 in Kraft treten. Zudem sollten die französischen und deutschen bilateralen Entwicklungsbanken (KfW und AFD) keine fossilen Energieprojekte mehr fördern.
- zusammenarbeiten, um in allen Sektoren **CO₂-Bepreisung** zu stärken und gleichzeitig Sozialverträglichkeit sicherzustellen. Sie sollten auf die Einführung eines wirksamen und steigenden CO₂-Mindestpreises im EU-Emissionshandel, der 2021 beginnt, drängen.
- 50 Prozent ihrer öffentlichen **Klimafinanzierung in Entwicklungsländern** für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel vorsehen und anstreben, dass 85 Prozent der Anpassungsgelder Geschlechtergerechtigkeitsziele unterstützt (auf Basis der OECD Gender Marker).

Klimadiplomatie und Handel

- ihre **klimadiplomatischen Bemühungen** und ihre Unterstützung für die klimadiplomatischen Kapazitäten des Europäischen Auswärtigen Dienstes in den kommenden 12 Monaten verstärken, um sicherzustellen, dass 2020 weltweit mehr Ambition im Klimaschutz erreicht wird. Zudem muss die EU ihre gesamten diplomatischen Möglichkeiten nutzen, um alle Parteien von der engagierten Umsetzung des Pariser Klimaabkommens zu überzeugen. Das gilt insbesondere für den **Druck auf Handelspolitik** durch Moratorien auf Abkommen wie CETA und Mercosur, solange diese nicht im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen sowie den Zielen zum Schutz der Biodiversität stehen, sowie für die finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern.
- unterstützen, dass **zusätzliche Gelder durch innovative Quellen** öffentlicher Finanzierung (zum Beispiel Abgaben oder Steuern auf Flugverkehr, Klimaschadensteuern auf fossile Energieerkundungen) aufgebracht werden. Dieser Ansatz sollte, wie auch vom Europäischen Parlament gefordert, Teil des überarbeiteten Warschauer Mechanismus für Verluste und Schäden werden, um steigende Bedürfnisse von Entwicklungsländern zu erfüllen.

Bilaterale Zusammenarbeit im Verkehr

- mit der Arbeit an einer gemeinsamen Investitions- und Kooperationsstrategie zum Ausbau des **klimaneutralen Mittel- und Langstreckenverkehrs** zwischen den beiden Ländern beginnen. Dazu gehören auch neue Zugverbindungen für Personal- und Güterverkehr (zum Beispiel Nachtzüge) sowie die Besteuerung von Flugverkehr.